

FRANZA DRECHSEL/MERLE GRONEWEG

«DIE MINEN MACHEN UNS ARM»**DIE AUSWIRKUNGEN DES INDUSTRIELLEN GOLDABBAUS IN BURKINA FASO UND DIE ZIVILGESELLSCHAFTLICHEN ANTWORTEN**

Der Bergbauboom in Burkina Faso hat dramatische Auswirkungen auf die Menschen, die in der Nähe der Abbaugebiete leben. Statt, wie erhofft, Lohnarbeit zu finden, verlieren viele ihre Felder und somit ihre Lebensgrundlage. Die Anwohner*innen fühlen sich weder von den Behörden und Unternehmen gehört noch von den politischen Repräsentant*innen vertreten. In ihrem Protest gegen die Auswirkungen des Bergbaus und für eine gerechtere Verteilung der Profite werden sie von Organisationen der burkinischen Zivilgesellschaft unterstützt. Nach dem Sturz des Präsidenten Blaise Compaoré 2014 gelang es den zivilgesellschaftlichen Akteuren, ein weniger investorenfreundliches Bergbaugesetz durchzusetzen. Trotzdem trägt der industrielle Bergbau noch immer nicht zu einer breiten Verbesserung der Lebensverhältnisse bei. Hier braucht es auch von internationaler Seite Druck: Unternehmen müssen verpflichtet werden, die Einhaltung der Menschenrechte entlang der gesamten Lieferkette zu überprüfen und zu gewährleisten.

Vor rund zehn Jahren begann ein regelrechter Bergbauboom in Burkina Faso. Der Anfang der 2000er Jahre steigende Weltmarktpreis für Gold ließ Investitionen in dem Sektor wieder äußerst profitabel werden. Darüber hinaus hatte ein von Weltbank und Internationalem Währungsfonds beeinflusstes Bergbaugesetz 2003 exzellente Rahmenbedingungen für Investoren in Burkina Faso geschaffen. 2009 löste Gold Baumwolle als wichtigstes Exportgut des Landes ab;¹ 2013 bescherte der Sektor dem Staat 16,6 Prozent seiner Einnahmen.² Derzeit gibt es zehn industrielle Minen – darunter neun für Gold- und eine für Zinkabbau. Neun weitere Bergwerke (vor allem Gold, teils auch Kupfer) werden demnächst mit der Produktion beginnen.³ Damit ist Burkina Faso der am stärksten wachsende Goldproduzent in Afrika und fünftgrößter Goldexporteur des Kontinents.⁴ Einige sehen darin eine Chance für Industrialisierung und damit verbundene «Entwicklung», für andere bedeutet der Bergbau den Verlust ihrer Lebensgrundlage und einen massiven Eingriff in ihr Lebensumfeld. Ein Großteil der Bevölkerung lebt von Subsistenzlandwirtschaft. Der industrielle Bergbau bringt für sie bisher mehr Nach- als Vorteile, denn die Profite aus dem Rohstoffhandel werden sehr ungleich verteilt und auch von den negativen Konsequenzen des Abbaus sind nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betroffen.

AUSWIRKUNGEN DES BERGBAUS

Sobald ein Unternehmen die Lizenz zum Abbau bekommt, ändert sich das Leben der auf dem Konzessionsgebiet wohnenden Menschen radikal. Wie in vielen anderen afrikani-

schen Staaten auch findet der Bergbau in Burkina Faso in ländlichen Gebieten statt. Dort gibt es oft weder weiterführende Schulen noch Strom und der Zugang zu Wasser ist sehr beschwerlich. Das Land, unter dem sich die Goldlagerstätten befinden, ist nicht ungenutzt, sondern dient dem Anbau von Nahrungsmitteln oder als Weide- und Siedlungsland. Auf ihm befinden sich heilige Stätten und oftmals suchen hier Kleinschürfer*innen nach Gold.

Beginnt ein Unternehmen mit den Bauaktivitäten für eine Mine, geht das meist mit Vertreibung – etwa von der Nutzfläche – und mit erzwungener Umsiedlung einher. Die Betroffenen werden zwar entschädigt, doch es gibt kein nationales Gesetz, das diesen Prozess reguliert und Mindeststandards festschreibt. Stattdessen verweisen Unternehmen und Behörden auf Weltbankstandards,⁵ die sie zu ihren eigenen Gunsten interpretieren. So ist unter anderem vorgesehen, dass enteignetes Land mit neuem Land entschädigt wird, das mindestens genauso fruchtbar ist wie das verlorene. Doch der kanadische Konzern Iamgold beispielsweise hat den Landwirt*innen, auf deren einstigen Feldern sich heute die Mine Essakane befindet, neue Felder zugeteilt, die weitaus weniger fruchtbar sind. Die Ernten reichen nicht wie früher für zwölf, sondern nur noch für fünf Monate.⁶ Das russische Unternehmen Nordgold dagegen hat die von der Mine Bissa-Bouly betroffenen Bäuer*innen nicht mit Land, sondern mit Zahlungen über einen Zeitraum von fünf Jahren finanziell entschädigt.

Dort, wo eine Mine entsteht, hoffen viele Menschen auf neue Einkommensmöglichkeiten. Doch die Minen in Burkina

Faso bieten insgesamt nur 7.000 Arbeitsplätze, 5.000 davon für Burkinabè.⁷ Die Mehrheit der Beschäftigten kommt nicht aus den umliegenden Dörfern, sondern aus Städten oder anderen Regionen des Landes. Von den circa 500 Bewohner*innen des Dorfes Bouly, das Anfang 2017 zugunsten der Vergrößerung der Mine Bissa-Bouly umgesiedelt wurde, arbeiten den Dorfbewohner*innen zufolge nur vier in der Mine. Der Großteil der Landbevölkerung verfügt über keine Ausbildung, die für die Arbeit im Bergbau nützlich wäre. Nordgold bot daher beispielsweise 100 Anwohner*innen Fahrstunden zur Erlangung eines LKW-Führerscheins an. Einen Job in der Mine erhielten sie trotzdem nicht.

Befürworter*innen des industriellen Bergbaus – vor allem Regierungs- oder Unternehmensvertreter*innen – weisen darauf hin, dass indirekt Arbeitsplätze durch Zulieferer geschaffen würden. In Burkina Faso ist die Rede von circa 27.000 solcher Stellen.⁸ Diese Zahl ist aber schwer zu überprüfen. Bergbauunternehmen betonen, dass sie Aufträge – sofern das ihrem Ermessen nach möglich ist – an nationale und lokale Zulieferer vergeben. Dazu zählen jedoch auch Aufträge an den burkinischen Ableger des französischen Ölkonzerns Total. Kleine Betriebe, die Baumaterial für eine Mine oder Nahrungsmittel für die Kantine liefern könnten, schaffen es kaum, die Bestellmengen und die Produkthanforderungen zu garantieren. Dass große Unternehmen die Ware im Regelfall erst einige Wochen nach Lieferung bezahlen, stellt kleine Zulieferer vor zusätzliche Herausforderungen.

Eine Mine vor der Tür, aber keine Felder mehr, keine Weiden, keine Bäume für medizinische Zwecke und keinen Job – das ist für viele Burkinabè mittlerweile Realität. Viele haben mit ihrem Grundbesitz auch ihre Einkommensquelle verloren. Somit sinkt die allgemeine Nachfrage, worunter auch diejenigen leiden, die in der Nachbarschaft ein Gewerbe betreiben. Außerdem sind alle mit Lärm und Staub konfrontiert, den die zahlreichen Transporter auf den nicht geteerten Straßen aufwirbeln und der unter anderem zu Atemwegserkrankungen führt. Wenn sich die Anwohner*innen mit ihren Forderungen nach Arbeitsplätzen oder besserer Entschädigung an Bergbauunternehmen und staatliche Behörden wenden, bleiben sie meist ungehört.

MANGELNDE KONTROLLE DURCH DAS BERGBAUMINISTERIUM

Für die Vergabe von Bergbaukonzessionen und die Kontrolle der Minen ist das Ministerium für Bergbau und Energie zuständig. Akteure der Zivilgesellschaft beklagen, dass den staatlichen Stellen nicht nur der Wille, sondern auch die Kompetenz zur sachgemäßen Kontrolle fehle. Die wenigen gut ausgebildeten Geolog*innen, Geophysiker*innen, Ingenieur*innen und anderen technischen Spezialist*innen in Burkina Faso würden häufig eine Stelle in den Unternehmen einer bei den Behörden vorziehen, da die Privatwirtschaft höhere Löhne zahlt. Folglich könnten die Ministerien die Auswirkungen der Abbauvorhaben im Vorfeld nur schlecht einschätzen und die Konzerne nicht angemessen kontrollieren.

Manche Mitarbeiter*innen der Ministerien seien, so ein burkinischer Journalist, zudem nebenher als Berater*innen für Unternehmen tätig. Auch unterstützten einige die Unternehmen bei der Erstellung der für eine Lizenz erforderlichen Machbarkeitsstudien und zur Abschätzung der sozialen und ökologischen Folgen einer geplanten Mine. Angesichts dessen ist es wenig überraschend, dass die Evaluierung der

Studien zumeist positiv ausfällt und 95 Prozent der Lizenzanträge positiv entschieden werden. Viele der uns bekannten Aktivist*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sprechen deshalb von mafiösen, intransparenten Strukturen. Dass viele Mitarbeiter*innen der zuständigen Ministerien noch aus der Ära des früheren Präsidenten Blaise Compaoré kommen, dem eine große Nähe zum Bergbausektor nachgesagt wird, verbessere das Image der Ministerien nicht.

Anders als beispielsweise das Finanzministerium verfügt das Bergbauministerium über keine Behörden auf regionaler und lokaler Ebene. Die Unternehmen sind angehalten, Vorfälle – wie etwa Kontaminationen des Grundwassers – an das Ministerium zu melden, anderenfalls drohen Strafen. Es bleibt offen, inwiefern das Ministerium in der Lage ist, diesbezügliche Kontrollen regelmäßig und flächendeckend durchzuführen. Schließlich scheinen die Mitarbeiter*innen einerseits bereit mit der Prüfung der Anträge auf neue Lizenzen überfordert und stehen andererseits in engem Kontakt mit den Konzernen. Dass sich Dorfbewohner*innen von dem Ministerium und den Behörden nicht ausreichend gehört fühlen, ist insofern nicht erstaunlich.

KOOPERATION VON UNTERNEHMEN UND POLIZEI

Während die Bergbauunternehmen in der Hauptstadt Ouagadougou über enge Kontakte ins Ministerium verfügen, steht ihnen in den Abbaugebieten die Polizei zur Seite. Diese kam in vielen Fällen erst mit Baubeginn der industriellen Mine – und das nicht, um die Bevölkerung beispielsweise vor Übergriffen des Sicherheitspersonals des Unternehmens zu schützen, sondern um die Mine vor äußeren Angriffen zu sichern.

Die Polizei hilft den Bergbauunternehmen, ihren alleinigen Nutzungsanspruch auf die Flächen und die Rohstoffe innerhalb ihrer Konzessionsgebiete durchzusetzen – besonders gegenüber Kleinschürfer*innen. Mindestens eine Million Menschen schürfen in Burkina Faso handwerklich Gold,⁹ zumeist informell. In der Regel verbieten die Bergbaukonzerne den handwerklichen Abbau auf ihren Konzessionsgebieten. Das führt freilich zu viel Unmut bei den *orpailleurs*, den Handschürfer*innen. Sie verlieren ihre Einkommensquelle – und das, obwohl es zumeist sie waren, die an der Stelle der heutigen Mine zuerst Gold fanden und somit im Grunde genommen die ersten Explorationsarbeiten leisteten.

Das individuelle Goldschürfen hatte es den Bewohner*innen Yougas, ein Dorf im Süden des Landes, erst ermöglicht, sich Mopeds zu kaufen und bessere Häuser zu bauen. Die Region ist karg; vor der Entdeckung des Goldes zogen Familienangehörige saisonal nach Ghana oder in die Elfenbeinküste, um dort auf Plantagen Geld zu verdienen. Seitdem die gleichnamige Mine in unmittelbarer Nähe zum Dorf mit dem Goldabbau begonnen hat, dürfen die *orpailleurs* nur noch auf einem Gebiet Gold suchen, das ihnen das Unternehmen zugeteilt hat. Laut unseren Gesprächspartner*innen ist dieser Bereich jedoch nicht ertragreich, sodass sich einige *orpailleurs* auf die Suche nach Gold in Gebieten machen, die laut den Betreiber*innen der Mine Youga zu deren Konzession gehören. Obwohl die Erträge der Kleinschürfer*innen minimal sind im Vergleich zu den Mengen, die eine industrielle Mine fördert, werden sie konsequent von der Polizei verfolgt. Nicht selten warten unzählige Männer vor dem Eingang der Mine darauf, ihre bei der illegalisierten Goldsuche konfiszierten Mopeds gegen eine Strafgebühr wieder abzuholen.

Noch sichtbarer wird die Kollaboration von Polizei und Bergbauunternehmen bei Protesten der Bevölkerung gegen eine Mine. Die Gendarmerie und die «Aufstandsbe-kämpfungsbri-gade» der nationalen Polizei schlugen Proteste schonungslos nieder. Besonders folgenreich war eine Ak-tion Anfang Januar 2015: Aus der Umgebung stammende Protestierende zündeten die sich damals noch im Bau be-findliche Mine Karma an, was den Produktionsstart erheb-lich verzögerte. Zuvor hatte die Bevölkerung immer wieder Bedenken geäußert, der Goldbergbau und die Sprengungen würden die als Pilgerstätte wichtige Moschee Ramatoulaye beschädigen. Sie fühlten sich von den Behörden und den Unternehmensvertreter*innen nicht ernst genommen und wehrten sich schließlich vehement. Seitdem greift die Polizei landesweit noch härter gegen Demonstrierende durch. Un-abhängig davon, ob die Protestierenden sich an Karma ein Beispiel nehmen wollen oder nicht, wird ihnen nachgesagt, sie wollten die Mine in ihrer Nachbarschaft anzünden. Bruta-le Polizeirepression ist die Konsequenz.

WACHSENDE BEDEUTUNG DER KOMMUNALEN EBENE

Lange Jahre stellte die Regierungspartei Kongress für die De-mokratie und den Fortschritt (CDP) die Bürgermeister*innen. Diese suchten selten offensiv die Konfrontation mit der Re-gierung Blaise Compaorés in Ouagadougou, wollten sie doch häufig selbst in die nationale Ebene aufsteigen. Ein Einsatz für die Interessen der Dorfbewohner*innen war da-mit eher unwahrscheinlich, intransparente Finanzflüsse hin-gegen verbreitet. Das ist teilweise noch heute so. Das Rat-haus (*mairie*) in Zabré – der Kommune, in der die Mine Youga liegt – sieht das Minenunternehmen als Kooperationspart-ner und Financier. Der türkische Konzern MNG Gold gibt der Kommune Geld für Festivitäten und kümmert sich um den Ausbau der Straßen. Ähnlich wie in den Ministerien sind Fi-nanzflüsse und Entscheidungen also auch auf kommunaler Ebene oft von Intransparenz geprägt.

Doch im Zuge der Kommunalwahlen im September 2016 sind in einige Rathäuser unabhängige Kandidat*innen und Angehörige anderer Parteien eingezogen. Zumindest in manchen Kommunen – wie in Sabcé, in deren Bereich die Mine Bissa liegt – gibt es nun engagierte Mitarbeiter*innen, die sich für die Belange der Bevölkerung vor Ort einsetzen. Sie investieren die Einnahmen aus Baurechtssteuern, die ein Bergbauunternehmen der Kommune zahlen muss, in den Ausbau von Schulen, Brunnen und Straßen.

Mit dem im Juni 2015 verabschiedeten neuen Bergbau-gesetz gewinnt die kommunale Ebene an Verantwortung in der Umverteilung der Steuereinnahmen durch den Berg-bau. Eine wesentliche Neuerung – die auf erfolgreiche Kam-pagnenarbeit der Zivilgesellschaft zurückzuführen ist – stellt der «Bergbaufonds für lokale Entwicklung» (FMDL) dar, der den Kommunen erhebliche Zusatzeinnahmen bringen soll. Er speist sich aus einem Prozent des Umsatzes der Minen und 20 Prozent der von ihnen gezahlten *royalties*, also Tan-tiemen auf das geförderte Gold. Die erste Ausschüttung ist für 2018 vorgesehen. Einige Bergbau-Kommunen haben bereits konkrete Pläne, wie sie das Geld einsetzen wollen: heruntergekommene Schulen renovieren und ein Gymna-sium aufbauen, Straßen erneuern, Marktgebäude errichten und vieles mehr. Skeptiker*innen bezweifeln jedoch, dass der FMDL transparent genutzt werden wird und warnen vor Korruption.

Auch wenn höhere Einnahmen den *mairies* mehr Hand-lungsspielräume eröffnen, bleibt ihre Macht begrenzt. Vielen Erwartungen, die die vom Bergbau Betroffenen haben, kann eine *mairie* nicht gerecht werden, beispiels-weise dem Wunsch nach einer Anstellung. Zwar kann ein*e Bürgermeister*in den Dialog mit dem Unternehmen suchen, verfügt aber über keine Druckmittel gegen diese. Solche Gä-be es auf nationaler Ebene – die für die Betroffenen jedoch schwer erreichbar ist. Der Staat wird von ihnen zudem vor allem in Form von Polizeipräsenz nur negativ erfahren. Da das Minenmanagement nicht auf die Bevölkerung hört und diese sich von der *mairie* oft nicht vertreten fühlt, bleiben Resigna-tion oder Protest.

KÄMPFE DER ZIVILGESELLSCHAFT

Unterstützung in ihren Kämpfen finden viele Anwohner*in-nen und Kleinschürfer*innen in den Minengebieten bei der Demokratischen Jugendorganisation Burkina Fasos (ODJ). Die Organisation hat fast überall im Land Sektionen, in denen sich junge Leute zusammenfinden, sich über ihre Probleme austauschen, sich und andere politisieren und nach mög-lichen Protestformen suchen. Dabei werden sie vom nationa-len Vorstand in Ouagadougou unterstützt.

In Youga, Bissa und andernorts können die jungen Bur-kinabè so ihrer Ohnmacht und Wut, dass sie keine Anstel-lung in der Mine finden und sich ihre Lebensumstände ver-schlechtern haben, etwas entgegensetzen. Sie formulieren ihre Forderungen in Briefen an die Bergbauunternehmen und Gemeindevertreter*innen, organisieren Demonstrationen und Straßenblockaden. Letztere sind besonders effektiv, weil es meistens nur eine Zufahrtsstraße zur Mine gibt.

Auch andere Organisationen wie die Menschenrechtsor-ganisation MBDHP, die Entwicklungsorganisation ORCADE oder das nationale Anti-Korruptionsnetzwerk REN-LAC und seine Mitgliedsorganisationen beteiligen sich an lokalen Kämpfen. Die Organisationen unterstützen die Dorfbevölke-rungen dabei, sich zu vernetzen und Strategien für ihren Wi-derstand zu entwickeln. Dabei geht es in der Regel um konkre-te Forderungen etwa nach Arbeitsplätzen oder angemessener Entschädigung. Doch es gibt mitunter auch den Wunsch nach einer kompletten Schließung der Minen. Da dies aber nicht realistisch erscheint, konzentrieren sich die meisten Or-ganisationen darauf, die Entschädigungs- und Umsiedelungs-prozesse der neu entstehenden Minen transparenter und für die Anwohner*innen vorteilhafter zu gestalten.

Dabei ist die Vernetzung der in ganz Burkina Faso vom Bergbau Betroffenen besonders zentral. In dem Netzwerk REPOCOM tauschen sich Anwohner*innen aus Dörfern, in denen bereits eine Mine existiert, mit jenen aus, bei denen eine Mine gebaut werden soll. Neue Minenprojekte müssen damit rechnen, dass sie keine geringeren Entschädigungen zahlen können als anderswo. Und wenn ein Bergbauunter-nehmen Stipendien für Schüler*innen verteilt, werden ähnl-iche Forderungen an andere Unternehmen gestellt.

In den Minen selbst werden auch gewerkschaftliche Kämp-fe für bessere Arbeitsbedingungen geführt. Die beiden wich-tigsten Gewerkschaften im Bergbau sind die SYNTRAGMIH, die dem linken Gewerkschaftsverband CGT-B angehört, und die liberale CNTB. Der gewerkschaftliche Organisierungs-grad im Sektor ist hoch; in fast allen Minen finden immer wieder Streiks und Arbeitskämpfe statt, bei denen es unter anderem um Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden, höhe-re Löhne und unrechtmäßige Entlassungen geht. Zugleich

versuchen die Unternehmen mehr oder minder offen, die gewerkschaftliche Organisierung zu behindern, indem sie Gewerkschafter*innen entlassen oder bedrohen. Ein Gewerkschaftsmitglied berichtete uns von der Vermutung, dass sich die Unternehmen über bereits entlassene, gewerkschaftlich aktive Arbeiter*innen gegenseitig informieren, damit diese keine Anstellung mehr finden.

LOKALE KÄMPFE (INTER-)NATIONAL VERNETZT

Durch die Beteiligung landesweit aktiver Organisationen erhalten die lokalen Kämpfe der von den Minen Betroffenen einen größeren Bezugsrahmen.¹⁰ Die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften tragen die Kämpfe nach Ouagadougou und setzen sich gegen Korruption, für mehr Kontrolle der Unternehmen, mehr Transparenz, angemessene Entschädigung und für bessere Arbeitsbedingungen ein.

Ein großer Erfolg der beharrlichen Lobbyarbeit seitens der Zivilgesellschaft ist das striktere Bergbaugesetz von 2015. Dessen Verabschiedung gelang, weil zivilgesellschaftliche Organisationen in der einjährigen Übergangszeit nach dem Sturz des Präsidenten Blaise Compaoré vergleichsweise großen Einfluss im Parlament hatten. Diesen nutzten sie unter anderem, um im neuen Bergbaugesetz höhere Steuern einzuführen, Lücken zu schließen und in Form des FMDL gesonderte Abgaben für die Kommunen durchzusetzen.

Vernetzung ist auch über die nationale Ebene hinaus wichtig: Die meisten Minen werden von multinationalen Unternehmen betrieben; die größten Profiteure sitzen im Globalen Norden. Ansätze zur stärkeren internationalen Einbindung der Kämpfe in Burkina Faso gibt es bereits in der Schweiz, wo 95 Prozent des burkinischen Goldes raffiniert werden. Dort fordern kritische Nichtregierungsorganisationen, Parlamentarier*innen und solidarische Initiativen mehr Transparenz in der Lieferkette. In Deutschland enthält der Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte,¹¹ der auf die gleichnamigen UN-Leitprinzipien zurückgeht, erste – jedoch leider völlig unzureichende, weil unverbindliche – Schritte in diese Richtung. In Frankreich wurde dieses Jahr ein Gesetz erlassen, das große Unternehmen dazu verpflichtet, menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten entlang ihrer gesamten Lieferkette wahrzunehmen. Auf EU-Ebene wurde im März 2017 eine Verordnung¹² verabschiedet, die den Import von sogenannten Konfliktmineralien – zu denen auch Gold zählt – regulieren soll. Diese Vorstöße sind zu begrüßen. Zivilgesellschaftlicher Druck in Deutschland und Europa ist aber nach wie vor unabdingbar, um endlich verpflichtende Überprüfungen für die Einhaltung von ökologischen und menschenrechtlichen Standards in der Lieferkette zu verabschieden.

In Burkina Faso stellt sich zugleich die drängende Frage, welche Bergbaustrategie langfristig verfolgt werden soll. Zentral bleibt: Wer soll von den eingeschlagenen Wegen profitieren und wie? 2014 deckten Abbau- und Erkundungslizenzen mehr als 40 Prozent der 274.200 Quadratkilometer Oberfläche des Landes ab.¹³ Bisher sieht es so aus, als wolle die Regierung mehr und mehr Abbaulizenzen vergeben in der Hoffnung, die Staatseinnahmen zu steigern und wirtschaftliches Wachstum zu fördern. Die Abhängigkeit der nationalen Wirtschaft von einem Rohstoff ist allerdings gefährlich – sobald die Rohstoffpreise sinken, sinken auch die Staatseinnahmen. Die bereits stattfindende Verteilung von Land an Unternehmen hat zudem lang währende Folgen,

denn eine geschlossene Mine hinterlässt vergiftete Krater und Halden, die für Jahrzehnte, potenziell sogar für immer, die landwirtschaftliche Nutzung ausschließen. Da der Großteil der Bevölkerung Burkina Fasos von Landwirtschaft und Viehzucht auf Subsistenzbasis lebt, ist dieser Weg unter den jetzigen Bedingungen nachteilig für viele.

Franza Drechsel ist freiberufliche Sozialwissenschaftlerin und Mitarbeiterin des Projekts Global Change – Local Conflicts? (GLOCON) an der Freien Universität Berlin. Ihre Schwerpunkte sind Staats-Gesellschafts-Beziehungen afrikanischer Staaten und Konflikte um Bergbau.

Merle Groneweg hat Regionalstudien Asien/Afrika studiert und interessiert sich besonders für China-Afrika-Beziehungen. Sie arbeitet für PowerShift e. V. im Bereich Rohstoffpolitik. Ihre Schwerpunkte sind dabei Gesetze zur Unternehmenskontrolle sowie die Verschränkungen von Rohstoff-, Handels- und Investitionspolitik.

Beide verbrachten Anfang 2017 sechs Wochen in Burkina Faso für eine Recherche zu den Auswirkungen des industriellen Goldbergbaus, die die ODJ in ihrem Kampf gegen die ausbeuterischen Verhältnisse der Minen unterstützen soll.

Die Autorinnen danken Bettina Engels und Michael Reckordt für ihre Unterstützung dieser Arbeit.

1 Fastenopfer/Brot für Alle (Hrsg.): Profit wichtiger als Menschenrechte? Gold aus Burkina Faso und die Verantwortung der Schweiz, 2016, S. 8, unter: www.sehen-und-handeln.ch/content/uploads/2016/01/OEK2016_Studie_Gold.pdf. **2** Initiative pour la Transparence des Industries Extractives Burkina Faso: Rapport 2013, 2016, S. 8, unter: www.eiti.org/sites/default/files/documents/2013_burkina_faso_eiti_report_fr.pdf. Neuere Zahlen sind noch nicht verfügbar. **3** Assemblée Nationale: Commission d'enquête parlementaire sur la gestion des titres miniers et la responsabilité sociale des entreprises minières, Rapport de Synthèse, 2016, S. 5 f., unter: www.assembleenationale.bf/IMG/pdf/rapport_synthese_commission_d_enquete_parlementaire.pdf. **4** Metals Focus: Metals Focus Gold Focus 2017, London 2017. **5** World Bank: Operational Manual OP 4.12, Involuntary Resettlement, 2013, unter: policies.worldbank.org/sites/ppf3/PPFDocuments/090224b0822f89db.pdf. **6** Siehe Endnote 1, S. 13. **7** Assemblée Nationale: Commission d'enquête parlementaire sur la gestion des titres miniers et la responsabilité sociale des entreprises minières, Rapport Général, 2016, S. 47, unter: www.assembleenationale.bf/IMG/pdf/rapport_general_de_commission_enquete_parlementaire_sur_le_minier.pdf. **8** International Monetary Fund: Burkina Faso, Selected Issues, Country Report 14/230, 2014, S. 24, unter: www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2014/cr14230.pdf. **9** Chouli, Lila: Le boom minier au Burkina Faso. Témoignages de victimes de l'exploitation minière, Paris 2014, S. 29. **10** Engels, Bettina: Contentious Politics of Scale. The Global Food Price Crisis and Local Protest in Burkina Faso, Social Movement Studies 2/2015, S. 180–194. **11** Bundesregierung: Nationaler Aktionsplan. Umsetzung der VN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, 2016, unter: www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/754690/publicationFile/222786/161221-NAP-DL.pdf. **12** Europäische Union: Verordnung (EU) 2017/821 zur Festlegung von Pflichten zur Erfüllung der Sorgfaltspflichten in der Lieferkette für Unionseinführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten, 2017, unter: www.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2017:130:FULL&from=EN. **13** Harris, Esther/Miller, John: Company Geodata. Growing African National Archives via Transfer of Corporate Geoscience Data, IM4DC Action Research Report, Perth 2015, S. 17.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 12/2017 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171
Redaktionsschluss: Oktober 2017
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation